

Zweynert, Joachim

Article — Published Version

## Die Soziale Marktwirtschaft als politische Integrationsformel

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Zweynert, Joachim (2008) : Die Soziale Marktwirtschaft als politische Integrationsformel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 88, Iss. 5, pp. 334-337,  
<https://doi.org/10.1007/s10273-008-0800-z>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42930>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Joachim Zweynert

# Die Soziale Marktwirtschaft als politische Integrationsformel

*Vor 60 Jahren – am 20. Juni 1948 – wurde mit der Währungsreform in der Bundesrepublik Deutschland der Grundstein für die Soziale Marktwirtschaft gelegt. Handelt es sich dabei um ein reales Konzept oder lediglich um eine Marketingidee? Wo liegen die historischen Wurzeln? Worauf beruht der Erfolg dieses Ansatzes?*

Im Juni dieses Jahres ist es 60 Jahre her, dass die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland etabliert wurde: Am Sonntag, den 20. Juni 1948, wurde die Reichsmark durch die Deutsche Mark ersetzt, die Schaufenster der Geschäfte füllten sich über Nacht; das Wirtschaftswunder nahm seinen Lauf. In den sechs Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, ist die Soziale Marktwirtschaft zu einem Markenzeichen deutscher Politik geworden. In vielen Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländern erklären Politiker die Einführung einer Sozialen Marktwirtschaft zu ihrem Ziel. Und in Deutschland berufen sich alle größeren Parteien und die Gewerkschaften auf das Konzept, das Alfred Müller-Armack in seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ 1947 als eine „dritte wirtschaftspolitische Form“ entwickelt hatte, bei der der Markt zwar das „tragende Gerüst“ darstelle, die aber „eine bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft“<sup>1</sup> sein solle.

Darüber, was es heißt, eine Marktwirtschaft „sozial zu steuern“, lässt sich trefflich streiten. Zugleich scheint man sich in Deutschland weitgehend darüber einig zu sein, dass eine solche Steuerung wünschenswert sei. Müller-Armack selbst betonte die grundsätzliche Offenheit seines Konzepts für graduell unterschiedliche Deutungen, wenn er es als „einen der Ausgestaltung harrenden, progressiven Stilgedanken“<sup>2</sup> charakterisierte. In dieser Unbestimmtheit sah Friedrich August von Hayek eine entscheidende Gefahr: Das „Wieselwort“ „sozial“ beraube den Begriff der Marktwirtschaft unmerklich seines Inhaltes, so dass sich die verbliebene Hülle mit beliebigem Inhalt füllen lasse.<sup>3</sup> Es habe unnötigerweise den Blick dafür verstellt, meinen einige Kritiker Müller-Armacks in diesem Sinne, dass das Reformprogramm auf einer strin-

genten marktliberalen Konzeption beruht habe, wie sie vor allem von der Freiburger ordoliberalen Schule um Walter Eucken entwickelt worden sei. Andere meinen, es sei beim Konzept der Sozialen Marktwirtschaft von Anfang an weniger um „eigentliche“ Inhalte gegangen, als vielmehr darum, einem überaus skeptischen Wahlvolk den Kapitalismus schmackhaft zu machen – in erster Linie handele es eben nicht um ein wissenschaftliches Programm, sondern um einen geschickten Werbeslogan.<sup>4</sup>

Angesichts der in Deutschland derzeit vorherrschenden wirtschaftspolitischen Orientierungslosigkeit ist zu hoffen, dass der „runde Geburtstag“ der Sozialen Marktwirtschaft dazu Anlass geben wird, erneut über die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung zu diskutieren. Hier soll gezeigt werden, dass die Diskussion darüber, ob es sich bei der Sozialen Marktwirtschaft um ein reales Konzept oder lediglich um eine Marketingidee handelt, den Blick auf das Wesentliche verstellt: Denn gerade die Relevanz für die Gegenwart erschließt sich nur, wenn man sich vergegenwärtigt, wie beide Aspekte bei der wirtschaftlichen Neuordnung zusammengewirkt haben.

## Historischer Rückblick

Um diese These zu belegen, muss man in der Geschichte zunächst weit hinter das Jahr 1945 zurückgehen.<sup>5</sup> Jene deutschen Staaten, aus denen später ein-

<sup>1</sup> A. Müller-Armack: *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, Hamburg 1947, S. 88.

<sup>2</sup> Zitiert nach J. Starbatty: *Ordoliberalismus*, in: O. Issing (Hrsg.): *Geschichte der Nationalökonomie*, 4. Aufl., München 2002, S. 251-270, S. 264.

<sup>3</sup> Hayek machte das deutsche Publikum erstmals im Jahre 1979 mit dem englischsprachigen Begriff *weasel word* bekannt. Vgl. dazu auch Th. Straubhaar: *Was vom Erbe Erhards bleibt*, in: *Die Welt* vom 8. Februar 2007.

<sup>4</sup> Vgl. dazu F. Hengsbach: *Soziale Marktwirtschaft: Konstrukt, Kampfformel, Leitbild?*, in: N. Goldschmidt, M. Wohlgemuth (Hrsg.): *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen*, Tübingen 2004, S. 164-174.

<sup>5</sup> Vgl. dazu J. Zweynert: *Shared Mental Models, Catch-Up Development and Economic Policy-Making: The Case of Germany after World War II and its Significance for Contemporary Russia*, in: *Eastern Economic Journal*, Nr. 3, 2006, S. 457-478.

*PD Dr. Joachim Zweynert, 37, ist wissenschaftlicher Leiter der Thüringer Zweigniederlassung des HWWI und Geschäftsführer des Wilhelm-Röpke-Instituts in Erfurt. Er lehrt daneben am Department Wirtschaftswissenschaften der Universität Hamburg.*

mal Deutschland werden sollte, waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts hoffnungslos rückständig gegenüber ihren westeuropäischen Nachbarn, denen man sich weder politisch noch kulturell sonderlich verbunden fühlte. Die Besetzung weiter Teile des späteren Deutschlands durch die napoleonischen Truppen führte den politischen Eliten das Ausmaß der Rückständigkeit vor Augen. Damit begann der schmerzhafteste Prozess der nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung. Nachholende Entwicklung bedeutet, dass die gleichen Prozesse, die im fortgeschrittenen Land von selbst begannen und sich über einen längeren Zeitraum erstreckt haben, künstlich gestartet und schneller durchlaufen werden müssen. Die Menschen in dem sich nachholend entwickelnden Land haben deshalb sehr wenig Zeit, sich an die sich rapide verändernde Wirtschaftswelt anzupassen, und das hat in der Regel eine tiefe Verunsicherung zur Folge.

Diese Verunsicherung führte in Deutschland zu einer skeptischen Haltung gegenüber dem marktlichen Wirtschaften, die sich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts gar zu einer „Ökonomophobie“<sup>6</sup> steigerte. Sofort nach dem Beginn der Stein-Hardenbergschen Reformen erhoben sich die Stimmen derjenigen, die vor der „Atomisierung“ der Gesellschaft und dem Zerfall allen sozialen Zusammenhaltes warnten. Denn ein sich mehr und mehr verselbständigendes Wirtschaftssystem werde, so lautete ihre Befürchtung, keinerlei Rücksicht auf die moralischen, kulturellen und sozialen Bedürfnisse der Menschen nehmen. Diese Frage hat Deutschland das ganze 19. Jahrhundert hindurch beschäftigt.<sup>7</sup> Sie spaltete die gebildeten Eliten in „Westler“ und Romantiker:<sup>8</sup> Die Westler betonten den zivilisatorischen Fortschritt, den die westliche Moderne mit sich bringe, während die Romantiker einen tiefgreifenden Konflikt zwischen eigenen Traditionen und den aus dem Westen einströmenden Modernisierungstendenzen sahen.

Ähnlich verliefen die Fronten in der deutschen Volkswirtschaftslehre. Die Mehrheit der deutschen Ökonomen sprach sich nicht nur methodisch gegen eine isolierende Betrachtung des Wirtschaftens aus, sondern befürwortete auch in der Praxis eine „orga-

nische“ Verschmelzung von Wirtschaft und Staat. Tatsächlich kam es am Ende des 19. Jahrhunderts mehr und mehr zur Bildung von Kartellen und damit zur Vermachtung des Wirtschaftens. Noch an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, als diese Frage in der Realität längst entschieden war, diskutierten die deutschen Volkswirte mit großem Ernst und Eifer über die Frage, ob Deutschland nicht versuchen sollte, ein Agrarland zu bleiben. Denn nur auf diese Weise, so der Initiator der Debatte, könne man dem „gedankenlosen Fortschrittstaumel“ sowie der „blöden geldwirtschaftlichen Grundstimmung“<sup>9</sup> entgegengehen, wie sie für Industriegesellschaften typisch seien. Ohne an dieser Stelle in die Details gehen zu können, bleibt festzuhalten, dass das marktfeindliche Denken weiter Teile der deutschen Gebildeten einen Teil des geistigen Nährbodens dargestellt hat, auf dem nationalsozialistisches Gedankengut gedeihen konnte.

### Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sich die Gebildeten des Landes erstaunlich schnell einig, dass der Kapitalismus die Katastrophe mit verursacht habe. Wie zeitgenössische Meinungsumfragen belegen, herrschte auch innerhalb der Bevölkerung weitgehend Konsens darüber, dass eine sozialistische Ordnung anzustreben sei.<sup>10</sup> Solche liberalen Denker wie Walter Eucken und seine Mitstreiter, die bereits während der Nazi-Diktatur in den Freiburger Widerstandskreisen über eine freiheitliche und marktliche Nachkriegsordnung nachgedacht hatten,<sup>11</sup> trafen mit ihren liberalen Ideen oft auf taube Ohren. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft kann nur vor diesem Hintergrund verstanden werden.

Alfred Müller-Armack war Ökonom und Soziologe. Wohl deshalb war ihm klarer als anderen, dass eine Marktwirtschaft in Deutschland nur zu verwirklichen sei, wenn man die Vorbehalte der Menschen gegenüber dem Markt bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung berücksichtigt. Die Soziale Marktwirtschaft bezeichnete er auch als eine „irenische“, also eine „Versöhnungsformel“, die darauf abzielte, ideologische Gegensätze zwischen den politischen Lagern zu mildern.<sup>12</sup> Sein Reformkonzept war einerseits klar im

<sup>6</sup> F. A. v. Hayek: *The Road to Serfdom*, Chicago [1944] 1994, S. 222.

<sup>7</sup> Einen Überblick bietet: Reinhard Spree: *Globalisierungs-Diskurse – gestern und heute*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 2003/2, S. 35-56. Heute werden solche Argumente vor allem von den Kommunitaristen vorgebracht. Vielleicht ist es kein Zufall, dass der Begründer der Bewegung Amitai Etzioni eigentlich Werner Falk heißt und in Deutschland geboren wurde.

<sup>8</sup> Vgl. grundlegend zu dieser Unterscheidung J. Zweynert, N. Goldschmidt: *The Two Transitions in Central and Eastern Europe as Processes of Institutional Transplantation*, in: *Journal of Economic Issues*, Vol. XL, 4, 2006, S. 895-918.

<sup>9</sup> K. Oldenberg: *Über Deutschland als Industriestaat*, in: *Die Verhandlungen des achten Evangelisch-Sozialen Kongresses am 10. und 11. Juni 1897*, Göttingen 1897, S. 73 ff.

<sup>10</sup> Vgl. R. Blum: *Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus*, Tübingen 1969, S. 5.

<sup>11</sup> H. Rieter, M. Schmolz: *The ideas of German ordoliberalism 1938-1945: pointing the way to a new economic order*, in: *European Journal of the History of Economic Thought*, Vol. 1, 1993, Nr. 1, S. 87-114.

<sup>12</sup> A. Müller-Armack: *Soziale Irenik*, in: *ders.: Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform*, Stuttgart 1959, S. 559-578.

wirtschaftlichen Liberalismus verwurzelt. Andererseits trug es der typisch deutschen Sehnsucht nach gemeinschaftlicher Geborgenheit Rechnung, was auch eine negative Einstellung gegenüber zu großen sozialen Unterschieden beinhaltet. Damit gilt: Es handelt sich weniger um einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus als vielmehr um einen Kompromiss zwischen einer modernen Wirtschaftsordnung und den mentalen Einstellungen weiter Teile der Bevölkerung, die der westlichen Moderne noch immer skeptisch bis ablehnend gegenüber stand.

Die historische Bedeutung dieses Brückenbaus kann gar nicht hoch genug bewertet werden: Die Soziale Marktwirtschaft war vielleicht die alles entscheidende Voraussetzung dafür, dass zumindest der größere Teil Deutschlands seinen „langen Weg nach Westen“<sup>13</sup> nach 1945 endlich vollenden konnte. Auch entstehungsgeschichtlich lässt sich zeigen, dass das Konzept sowohl „westlich“-liberale als auch deutsch-„romantische“ Wurzeln aufweist. So hatte Walter Eucken 1932, also gewissermaßen am Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung, als überzeugter „Westler“ eindringlich vor einem „totalen, die Wirtschaft umfassenden (...) Staat“ gewarnt. Denn gerade der „liberale Staat des 19. Jahrhunderts“ habe, „indem er die Sphären von Staat und Wirtschaft eindeutig voneinander trennte“, die Voraussetzung für das kapitalistische Wirtschaftswachstum geschaffen.<sup>14</sup>

Im Gegensatz dazu verfasste Müller-Armack im Jahre 1933 ein Büchlein mit dem Titel „Staatsidee und wirtschaftliche Ordnung im Neuen Reich“, in dem er das Nazi-Regime ganz im Sinne der „romantischen“ Position deshalb begrüßte, weil es die Staatsmacht endlich „grenzenlos“ machen werde.<sup>15</sup> Erst nach dem Krieg machte er sich die Freiburger Position zu eigen, als er klipp und klar „eine verfassungsmäßig zu verankernde Gewaltenteilung zwischen Staat und Wirtschaft“<sup>16</sup> forderte. Gleichzeitig aber finden sich in seinen Schriften immer wieder Aussagen, die mit einer solchen Gewaltenteilung kaum zu vereinbaren sind, wie etwa die, die Marktwirtschaft müsse dem „sozi-

alen Ziel“ dienen.<sup>17</sup> Nicht zufällig betonte er selbst, sein Konzept wurzele weniger im Neoliberalismus als vielmehr in den historistischen Strömungen und ziele auf eine „stilhafte Koordination zwischen den Lebensbereichen des Marktes, des Staates und der gesellschaftlichen Gruppen“<sup>18</sup> ab. Teil dieser „stilhaften Koordination“ waren gezielte Staatseingriffe in den Wirtschaftsprozess zur Konjunkturglättung und zum sozialen Ausgleich, wie sie für einen historistisch geprägten Ökonomen geradezu selbstverständlich, für die Freiburger Ökonomen aber tabu waren. Gemäß Müller-Armacks ursprünglicher Konzeption stellten Eingriffe in den Wirtschaftsprozess indes den Ausnahme-, nicht den Regelfall dar. In diesem Sinne widersprachen die wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen der 1970er Jahre zwar Müller-Armacks Ideen. Gleichzeitig aber war das Umschlagen in den Versorgungsstaat zumindest latent in seinem Konzept angelegt.<sup>19</sup>

### Eine politische Integrationsformel

Gerade diese latente Widersprüchlichkeit aber bedingte den politischen Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Ludwig Erhard selbst stand in theoretischer Hinsicht den Ordoliberalen und seinem engen wirtschaftspolitischen Berater Wilhelm Röpke viel näher als ihrem geistigen Vater Müller-Armack. Sein häufig zitierter Ausspruch aus dem Jahre 1953, „je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch“,<sup>20</sup> belegt dies klipp und klar. Als Politiker aber begriff Erhard sehr gut, worin die Stärken von Müller-Armacks Konzept lagen. Denn genau wie dieser war Erhard sich der Notwendigkeit bewusst, die Bevölkerung auf dem Weg der Reformen „mitzunehmen“. So schrieb er bereits 1943/44, der Staat könne „immer nur die Wirtschaftsordnung verwirklichen, die der Vorstellung des Volkes in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht entspricht“<sup>21</sup>. Indem die Integrationsformel „Soziale Marktwirt-

<sup>13</sup> H. A. Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, 2 Bde., München 2000.

<sup>13</sup> H. A. Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, 2 Bde., München 2000.

<sup>14</sup> W. Eucken: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 36, 1932, S. 297-321, S. 302 ff.

<sup>15</sup> A. Müller-Armack: Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich, Berlin 1933, S. 11. Seine Begeisterung über das neue Regime wich allerdings schon bald der Ernüchterung, und er trat den Weg in die innere Emigration an.

<sup>16</sup> A. Müller-Armack: Zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft (1948), in: ders.: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, Bern und Stuttgart 1974, S. 90-107, S. 100.

<sup>17</sup> A. Müller-Armack: Die Wirtschaftsordnung, sozial gesehen, in: ders.: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, a.a.O., S. 73-89, S. 83.

<sup>18</sup> A. Müller-Armack: Das gesellschaftliche Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, in: ders.: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, a.a.O., S. 149. Der Begriff „stilhaft“ verweist auf das neo-historistische Konzept der Wirtschaftsstile, wie es unter anderem von Müller-Armack ab den 1920er Jahren entwickelt worden war.

<sup>19</sup> Vgl. grundlegend dazu V.J. Vanberg: Soziale Sicherheit, Müller-Armacks „Soziale Irenik“ und die ordoliberale Perspektive, in: R. H. Hasse, F. Quaas (Hrsg.): Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept. Zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft, Bern et al., 2002, S. 227-260.

<sup>20</sup> Zitiert nach A. C. Mierzejewski: Ludwig Erhard – Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, München 2005, S. 59.

<sup>21</sup> Zitiert nach R. Klump: Wege zur Sozialen Marktwirtschaft – Die Entwicklung ordnungspolitischer Konzeptionen in Deutschland vor der Währungsreform, in: E. Streißler (Hrsg.): Die Umsetzung wirtschaftspolitischer Grundkonzeptionen in die kontinentaleuropäische Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts, Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie Bd. XVI, Berlin 1997, S. 129-160, S. 153.

schaft“ einen Euphemismus für „Kapitalismus“ gerade mit jenem Adjektiv verband, das bisher immer gegen den Markt instrumentalisiert worden war, kam sie den Präferenzen der deutschen Bevölkerung entscheidend entgegen. Aber Erhard verließ sich nicht einfach auf die Kraft der Integrationsformel. Wie kein anderer deutscher Wirtschaftspolitiker vor oder nach ihm, bemühte er sich in einer Vielzahl von Reden und Vorträgen, der Bevölkerung seine Reformen begreiflich und schmackhaft zu machen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist also das Resultat einer höchst effizienten Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Politik.<sup>22</sup> Wirtschaftstheoretiker wie Walter Eucken und Wilhelm Röpke hatten bereits seit den 1930er Jahren eine stringente theoretische Konzeption einer Wirtschaftspolitik entworfen, bei der ein starker Staat sich auf die Schaffung und Verteidigung der Rahmenordnung konzentriert und sich der Eingriffe in den Wirtschaftsprozess weitestgehend enthält. So stringent das Konzept auch war, so gering wären angesichts der Stimmungslage unter der Bevölkerung die Chancen gewesen, es zu realisieren. Müller-Armack stellte sich ganz bewusst der Aufgabe, diese Ideen in ein Konzept zu transformieren, das kompatibel mit den vorherrschenden mentalen Befindlichkeiten der Bevölkerung ist. Und Ludwig Erhard schließlich übernahm es, für dieses Konzept öffentlich zu werben und es politisch umzusetzen.

#### Fazit

Die Soziale Marktwirtschaft ist weder ein Realkonzept noch eine reine Marketingformel. Vielmehr beruht ihr Erfolg darauf, dass sie ein wissenschaftliches Konzept in eine politische Integrationsformel transformierte. Genau hierin liegt meines Erachtens ihre Relevanz für die Gegenwart. Anknüpfend an die oben zitierte Formulierung Müller-Armacks, ist diese Relevanz vor allem in der „stillhaften Koordination“ zwischen Wis-

senschaft und Politik zu sehen. Immer wieder beklagen Ökonomen heute, weder bei den Politikern, noch bei der Bevölkerung Gehör zu finden. Was wirtschaftlich Not tue, sei seit langem bekannt, lasse sich politisch aber nicht durchsetzen. Unzweifelhaft besteht die Hauptaufgabe der Wirtschaftswissenschaft darin, zu zeigen, was wirtschaftlich vernünftig ist. Aber die zunehmende Spezialisierung innerhalb der Wissenschaft wie auch zwischen Wissenschaft und Politik hat zur Folge, dass der Austausch zwischen beiden Welten immer schwieriger wird.

Gerade die Herausforderungen, die die sogenannte Globalisierung mit sich bringt, machen es immens wichtig, den Menschen wirtschaftliche Sachzusammenhänge zu erklären und Antworten in einer Sprache zu formulieren, die den Vorbehalten und Ängsten der Bevölkerung Rechnung trägt.<sup>23</sup> Dafür bedarf es solcher Brückenbauer wie Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke, einer Spezies von Persönlichkeiten indes, die umso mehr vom Aussterben bedroht ist, je mehr Lehrstühle für Wirtschaftspolitik nicht mehr besetzt oder umgewidmet werden und je geringer die Zahl der Politiker mit volkswirtschaftlicher Ausbildung wird. Was geschieht, wenn Politiker die fundamentale Einsicht verlieren, dass man die Bevölkerung auf dem Weg der Reformen „mitnehmen“ muss, ließ sich sowohl an den Reaktionen auf die „Hartz IV“-Reformen als auch am relativen „Absturz“ der CDU/CSU bei der Bundestagswahl des Jahres 2005 geradezu idealtypisch studieren. Die Gefahr ist greifbar, dass die großen Parteien daraus den Schluss ziehen, dass tiefgreifende Reformen einfach nicht vermittelbar seien. Die Rückbesinnung auf die Anfänge der Sozialen Marktwirtschaft scheint gerade deshalb dringend geboten zu sein.

<sup>22</sup> Vgl. grundlegend dazu ebenda.

<sup>23</sup> Vgl. dazu N. Goldschmidt: Vertraute Marktwirtschaft, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 84. Jg. (2004), H. 8, S. 487-491.

#### Symposium und Festakt „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“

*Die deutschen ordnungspolitischen Think Tanks und Forschungseinrichtungen, die Friedrich-Schiller-Universität Jena, politische Stiftungen sowie Verbände der mittelständischen Wirtschaft veranstalten am 19. und 20. Juni an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena ein großes wissenschaftliches Symposium sowie einen Festakt zum 60. Geburtstag der Sozialen Marktwirtschaft, im Rahmen derer unter anderem der ehemalige Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog eine Rede halten wird.*

*PD Dr. Joachim Zweynert (zweynert@hwwi.org), der wissenschaftliche Leiter der Thüringer Zweigniederlassung des HWWI und Geschäftsführer des Wilhelm-Röpke-Instituts (beide in Erfurt), koordiniert die Organisation der Veranstaltungen.*

*Weitere Informationen finden sich auf der Website [www.60jahresoziemarktwirtschaft.de](http://www.60jahresoziemarktwirtschaft.de).*